

Grüne Brandmauer: Gefahr für Schwarz-Grüne Koalition in Berlin?

Die Grünen verhindern die von der Union geforderte Asylwende und setzen ihre Migrationspolitik durch, auch auf Kosten der Regierungskoalition.



In Deutschland sorgt derzeit eine politisch brisante Diskussion für viel Aufmerksamkeit: Die Grünen und die Union stehen sich in der Migrationspolitik unversöhnlich gegenüber. Die Grünen, führt mancherorts als Partei bekannt für ihre progressive Haltung, stehen nun einer sogenannten „grünen Brandmauer“ vor, die sie zu verteidigen entschlossen sind. Diese Brandmauer bezieht sich auf ihre Position in der Asylpolitik und ihre Weigerung, eine umfassende Asylwende zu akzeptieren.

Dieser Kurs ist für die Grünen so bedeutsam, dass sie sogar bereit sind, ihre Regierungsbeteiligung in Berlin aufs Spiel zu setzen, um ihre Prinzipien zu wahren. Die maßgeblichen Akteure der Union, darunter Friedrich Merz, Markus Söder, Carsten

Linnemann und Thorsten Frei, haben dies unmissverständlich klargemacht: Solange die Grünen keine neue Richtung in der Migrationspolitik einschlagen, bleibt eine Koalition mit der Union ausgeschlossen. Diese Festlegung wird nicht als taktisches Manöver, sondern als strategische Weichenstellung verstanden.

Die Bedingung der Asylwende

Für die Union ist eine Asylwende entscheidend, um internen Frieden zu sichern und die historische Auseinandersetzung zwischen CDU und CSU zu überwinden. Diese Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Markus Söder und dem damaligen CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, haben den Wahlkampf 2021 geprägt und werden nun als Hindernis für eine mögliche Wiedererlangung des Kanzleramtes gesehen. Friedrich Merz hat daher seine Partei auf eine Linie mit der CSU gebracht, um eine Wiederholung dieser Konflikte zu vermeiden.

Die Grünen müssten nach dieser Lesart ihre Brandmauer einreißen, wenn sie weiterhin in Berlin mitregieren wollen. Allerdings ist aktuell keine Wende in Sicht, und die Grünen wehren sich mit aller Kraft gegen diese Forderungen.

Digitale Debatten und europäische Dynamiken

Ein weiteres Argument in dieser Debatte stammt von Außenministerin Annalena Baerbock, die vor einem deutschen Alleingang warnt. Sie bezieht sich damit auf die Notwendigkeit europaweiter Lösungen und verweist auf Beispiele wie die deutschen und französischen Grenzkontrollen. Diese Argumentation wird jedoch von konservativer Seite als inkonsequent angesehen, da Deutschland durch konsequente Grenzkontrollen, wie sie etwa Polen und Österreich durchführen, ähnliche Erfolge erzielen könnte.

Friedrich Merz strebt explizit eine Strategie der konsequenten Zurückweisungen an, die im Einklang mit den europäischen Dublin-Abkommen und Artikel 16a des Grundgesetzes steht. Hierbei geht es nicht darum, Deutschlands Grenzen komplett zu schließen, sondern Migranten abzuweisen, die bereits durch sichere Drittstaaten gereist sind. Der Berliner Migrationsexperte Ruud Koopmans unterstützt diesen Ansatz und spricht von parteistrategischen Überlegungen, die das politische Handeln beeinflussen.

Koopmans schlägt vor, Deutschland könnte nach dem Modell des von Angela Merkel 2016 geschlossenen „Türkei-Deals“ Verfahren, auch mit Nachbarländern ähnliche Abkommen schließen. Dies könnte, so Koopmans, einen Domino-Effekt auslösen, der die Migration nach Deutschland signifikant verringern könnte, da sich der Weg über Schleuser nicht mehr lohnen würde.

Grüne Position und Herausforderungen

Die von den Grünen unterstützte Politik, Abkommen mit Herkunftsländern von Migranten zu schließen, um abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen, hat sich bislang als weitgehend ineffektiv erwiesen. Verträge mit Ländern wie Kenia, Kasachstan oder Usbekistan zeigen kaum Wirkung, nicht zuletzt, weil nur ein minimaler Prozentsatz der Migranten aus diesen Ländern stammt. Es bleibt ebenfalls fraglich, ob der Austausch von Nicht-Flüchtlingen gegen Facharbeiter tatsächlich praktikabel ist, zumal die ankommenden Kräfte ihre Ausbildung erst noch in Deutschland absolvieren müssten.

Innerhalb der Ampelkoalition blockieren die Grünen zudem effektiv die Aufhebung des „Verbindungskriteriums“, das die Rückführung in Drittstaaten erlaubt, zu denen die Migranten einen Bezug haben. Dies schränkt die Möglichkeiten zur Ausweisung weiter ein und hält faktisch an der Masseneinwanderung durch das Asylrecht fest.

Selbst Bundeskanzler Olaf Scholz hat mehrfach betont, Deutschland müsse seine Einwanderungspolitik selbstbestimmt gestalten können. Dank der Grünen bleibt dies jedoch weiterhin in weiter Ferne. Ihrer Vorstellung nach sollen weiterhin zwischen 300.000 und 500.000 Migranten jährlich nach Deutschland kommen – nicht als Facharbeiter, sondern als Personen mit Flüchtlingsstatus.

Diese Dynamik um die „grüne Brandmauer“ spiegelt die grundlegenden Konflikte in der derzeitigen deutschen Politik wider und bleibt ein zentraler Punkt in den Diskussionen über die Zukunft der Migrationspolitik in Deutschland. Mehr Details zu diesem Thema finden sich in einem ausführlichen Bericht **auf www.focus.de**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de